



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Birgit Herdejürgen und Niclas Dürbrook (SPD)

und Antwort

der Landesregierung – Finanzministerin

Planungsstand des Umzugs der Polizeistation Albersdorf

1. Wie bewertet die Landesregierung die bisherigen Räumlichkeiten der Polizeistation Albersdorf in Hinblick auf den baulichen Zustand, die Sicherheitseinrichtungen des Gebäudes und der Diensträume, die Arbeitsplatzsicherheit, die Zugänglichkeit und die polizeifachlichen Belange?

Antwort:

Es handelt sich um ein Gebäude aus den 1970er Jahren, dessen baulicher Zustand altersentsprechend sanierungsbedürftig ist. Barrierefreiheit ist nicht gegeben. Auch erfüllt das Gebäude nicht die Maßgaben des Handlungsleitfadens zur Sicherung von Polizeigebäuden. Aus den genannten Gründen wird ein Objektwechsel angestrebt.

2. Ist ein Umzug der Polizeistation Albersdorf in die Räumlichkeiten des ehemaligen Amtes Albersdorf geplant? Wenn ja, wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung?

Antwort:

Ein Umzug in die Räumlichkeiten des Amtes Albersdorf ist weiterhin vorgesehen. Der dafür als Grundlage dienende Mietvertragsabschluss erfordert jedoch noch weitere Absprachen mit dem Amt als Vermieter. Details hierzu sind in der Beantwortung zu Frage 3 aufgeführt.

3. Wie lange dauern die Planungen für den Umzug der Polizeistation Albersdorf bereits an und was sind die Ursachen für die bisherige Verfahrensdauer? Wann ist mit einem Umzug der Polizeistation zu rechnen?

Antwort:

Im Frühjahr 2024 ist es auf Seiten des Amtes Mitteldithmarschen zu einem mehrmonatigen, krankheitsbedingten Ausfall des für das Projekt verantwortlichen Architekten gekommen, sodass das Projekt über diesen Zeitraum stillstand. Nach dessen Rückkehr haben ein erneuter Ortstermin und mehrere Abstimmungstermine stattgefunden. Ende Februar wurde dann die Kostenschätzung durch den Architekten des Amtes aktualisiert. Derzeit erfolgen Absprachen mit dem Amt Mitteldithmarschen über den Ausführungsumfang und die zu erbringenden Eigenleistungen. Aufgrund der laufenden Verhandlungen kann ein Umzugstermin noch nicht benannt werden.

4. Welche Finanzmittel sind für die Finanzierung des Umzuges in welchem Zeitraum eingeplant? (Planungskosten, Bau- bzw. Umbaukosten, Umzugskosten)

Antwort:

Die aktuelle Kostenschätzung für die polizeispezifischen Umbaumaßnahmen beläuft sich auf 482.000 – 687.000 Euro.

Für die Umzugskosten ist es nicht möglich, vorab einen typischen Kostenrahmen zu schätzen, da dies von einer Vielzahl individueller Parameter des jeweiligen Umzuges abhängig ist. Konkretere Aussagen zu den Planungskosten und dem voraussichtlichen Zeitraum der Finanzausgaben können aufgrund der Abhängigkeiten ebenso erst nach Vorliegen der vorgenannten Grundlagen getätigt werden.